

N i e d e r s c h r i f t
über die Mitgliederversammlung
am 19. Juni 2019
in der Vertretung des Landes Niedersachsen beim Bund

Begrüßung Tobias Dünow, Dienststellenleiter der Vertretung des Landes Niedersachsen beim Bund
Eröffnung und Begrüßung Johannes Fuchs, Präsident
Bericht aus der aktuellen Arbeit und zur wirtschaftlichen Lage des Deutschen Vereins Michael Löher, Vorstand anschließend Aussprache
Wahlen zum Hauptausschuss Katja von Damaros, Vorsitzende des Wahlausschusses
Impulsvortrag „Was bedeutet Wohnen in zwanzig Jahren? – Widersprüchliche Trends und Entwicklungen“ Univ.-Prof. Dr. Susanne Frank, Technische Universität Dortmund (gehalten von Prof. Dr. Jens Wurtzbacher)
Praxisbeispiele im moderierten Gespräch • Christiane Grabe, Referentin für Integration, Koordination der Integrationsagenturen NRW, Diakonisches Werk Rheinland-Westfalen-Lippe e.V. • Helene Böhm, GESOBAU AG, Projektleiterin GESOBAU-Sozialmanagement Moderation: Prof. Dr. Jens Wurtzbacher, Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin
Podiumsdiskussion • Norbert Tessmer, Oberbürgermeister der Stadt Coburg • Dr. Michael Frehse, Leiter Abteilung Heimat, Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat • Christian Huttenloher, Generalsekretär des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V.
Verleihung des Cäcilia-Schwarz-Förderpreises unter der Schirmherrschaft der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Franziska Giffey Preisträger Dr. Carl-Philipp Jansen Laudatio Prof. Dr. Dr. Ursula Lehr, Mitglied im Kuratorium des Cäcilia-Schwarz-Förderpreises Überreichen des Preises durch • Johannes Fuchs, Präsident des Deutschen Vereins • Prof. Dr. Matthias von Schwanenflügel, Leiter der Abteilung „Demografischer Wandel, Ältere Menschen, Wohlfahrtspflege“ im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Schlusswort/Verabschiedung Johannes Fuchs, Präsident

Eröffnung und Begrüßung

Johannes Fuchs, Präsident des Deutschen Vereins, eröffnet die Mitgliederversammlung. Er weist darauf hin, dass die Einladung ordnungsgemäß erfolgt und die Mitgliederversammlung beschlussfähig ist.

Bericht aus der aktuellen Arbeit und zur wirtschaftlichen Lage des Deutschen Vereins

Der Vorstand **Michael Löher** berichtet aus der aktuellen Arbeit und zur wirtschaftlichen Lage des Deutschen Vereins. Er dankt allen, die mit ihrem persönlichen Einsatz und ihrem finanziellen Beitrag den Deutschen Verein unterstützen. Der ausführliche Bericht des Vorstands liegt als Anlage der Niederschrift bei und ist auf den Internetseiten des Deutschen Vereins eingestellt.

Ergänzungswahlen zum Präsidium

Katja von Damaros, Vorsitzende des Wahlausschusses, führt in den Tagesordnungspunkt ein. Für die Stimmzählkommission werden Herr Timpe, Frau Hertlein und Frau Vogt-Janssen vorgeschlagen. Die Zusammensetzung der Stimmzählkommission findet die Zustimmung der Mitglieder. Die Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle des Deutschen Vereins unterstützen die Wahlkommission.

Die Ergänzungswahlen zum Hauptausschuss finden turnusgemäß statt. Alle zwei Jahre wird ca. die Hälfte des Hauptausschusses durch die Mitgliederversammlung gewählt. Frau von Damaros erläutert den Wahlvorgang und verweist auf die in der Wahlvorschlagsliste aufgeführten 133 Kandidatinnen und Kandidaten. Die Wahlvorschlagsliste wurde mit der Einladung zur Sitzung versandt.

Der Wahlgang wird eröffnet, die Wahlzettel ausgehändigt und die ausgefüllten Wahlzettel wieder eingesammelt. Die Stimmzählkommission zieht sich zur Auszählung zurück. Die Auszählung der Stimmen ergibt folgendes Ergebnis: Es wurden 308 Stimmen abgegeben, davon war eine Stimme ungültig. Alle Kandidatinnen und Kandidaten sind gewählt worden.

Frau Dr. Irene Vorholz, stellv. Vorsitzende des Wahlausschusses, gratuliert den Gewählten, da Frau von Damaros bereits abreisen musste. Die Ergebnisse zu den Wahlen zum Hauptausschuss werden auf den Internetseiten des Deutschen Vereins veröffentlicht. Die Gewählten werden über ihre Wahl schriftlich informiert.

„Was bedeutet Wohnen in zwanzig Jahren? – Widersprüchliche Trends und Entwicklungen“

Impulsvortrag von Univ.-Prof. Dr. Susanne Frank, Technische Universität Dortmund

Prof. Dr. Jens Wurtzbacher, katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin, hält in Vertretung für die erkrankte Prof. Dr. Susanne Frank den **Impulsvortrag** „Was bedeutet Wohnen in zwanzig Jahren? Widersprüchliche Trends und Entwicklungen“.

Welche Bedeutung messen wir dem Wohnen in 15 bis 20 Jahren bei? Der Vortrag von Prof. Dr. Wurtzbacher erläutert zwei Diskurse, die in der Wissenschaft derzeit geführt werden:

Die Trend- und Zukunftsforschung geht von der Annahme aus, dass die Generation der „Millennials“ oder Generation Y, die Generation der in den 80er bis 90er Jahre Geborenen als Digital Natives die prägenden Akteure der Gesellschaft von morgen sind.

Hingegen zeigen die Umfragen von Jugend-, Generationen- und Zielgruppenbefragungen der Generation Y andere Trends auf. Die Vorstellungen und Wünsche der Befragten zu Familie und Wohnen unterscheiden sich massiv von denen, die von der Trend- und Zukunftsforschung angenommen werden.

Die Trendforschung legt als Orientierungspunkte eine Entwicklung von 15 bis 20 Jahren (2015 bis 2030) fest. Neue Wohn- und Lebensformen werden postuliert. Städte werden an Attraktivität gewinnen. Gleichzeitig nimmt die Anzahl der Ein- und Zweifamilienhaushalte zu. Kontinuierliche Bindungen werden an Bedeutung verlieren. Familie wird zur transitorischen Lebensphase. Der häufige Wechsel und die Übergänge zwischen unterschiedlichen Lebensformen sind Ausdruck einer von Mobilität geprägten Zeit. „Wohnen“ ist nicht an Familie gekoppelt, sondern an Lebensweisen. Bevorzugt werden urbane Kleinraumwohnungen mit Appartements von 30 bis 40 m². Der persönliche Lebensraum wird in dritte Orte (halböffentlich oder öffentliche Räume) verlagert oder um diese erweitert. Die Kochnische ersetzt die Küche und der Club das Wohnzimmer. Neue Service- und Dienstleistungsangebote ersetzen bisherige häusliche Verrichtungen. Stadtteile und Wohnquartier gewinnen an Bedeutung, weil die Digital Natives räumlich und zeitlich entgrenzt leben. Der geteilte Nutzen, das Sharing, prägt die Haltung dieser Generation. Wohnen ist aus der Sicht der Zukunftsforschung hoch technisiert. Die Systeme kommunizieren miteinander und nach außen (wie z. B. der Kühlschrank, der selbständig fehlende Waren nachbestellt). Kritisch merkt Prof. Dr. Wurtzbacher an, dass dieses Modell glückliche und solvente Konsumenten voraussetze. Problematisch sei auch, dass vorhandene

Entwicklungen in die Zukunft extrapoliert würden und etwaige Änderungen nur marginal berücksichtigt würden.

Sozialwissenschaftliche Erhebungen dagegen belegen, dass entgegen der Trend- und Zukunftsforschung bei den heute 15- bis 35-jährigen eher traditionelle, konventionelle, bürgerlich-konservative Einstellungen vorherrschen. Ziel sei in erster Linie der individuelle Leistungsgedanke und der Statuserhalt. Der Beruf wird mit Schwerpunkt einer gesellschaftlich nützlichen Tätigkeit gewählt. Der Wunsch nach einem stabilen sozialen Umfeld, Halt und Zugehörigkeit drückt sich auch darin aus, dass Familie eine herausragende Rolle einnimmt. Es dominiert der Wunsch nach einer Kernfamilie, gefolgt vom Modell der Großfamilien mit zwei oder drei Generationen unter einem Dach. Der „digitale Biedermeier“ drückt sich aus im Rückhalt der Gruppe und Individualität als Werthaltung. Wohnwünsche realisieren sich im Einfamilien-, Doppelhaus- oder Reihenhauses in suburbannen oder ländlichen Raum. Das Teilen von Wohnraum, wie es von der Trendforschung postuliert wird, ist für die Generation Y nicht attraktiv. Auch soziale Mischung ist nicht mehrheitsfähig. Das ernüchternde Fazit lautet: Die Generation Y ist spießiger als ihre Eltern.

Die Widersprüche beider Forschungsansätze sind Ausdruck von Ambivalenzen. Beide Seiten formulieren starke Trends. Die Sehnsucht der Jüngeren nach Gemeinschaft und Familie ist so stark, weil die von den Zukunftsforschern postulierten Trends wirkmächtig sind. Multioptionalität ist gleichzeitig Chance wie Dilemma. Der Anspruch, ständig erreichbar zu sein, erzeugt Druck und fördert den Imperativ der Selbstoptimierung. Daraus entspringt die Angst, nicht mehr mit der Entwicklung Schritt halten zu können. Gleichzeitig ist Unsicherheit die neue Konstante. Dem wird der Rückzug ins Private entgegengesetzt. Die Suche nach Halt und Geborgenheit führt zu einer „inneren Suburbanisierung“, ein emotionaler Heimathafen als Schutzraum und Basis, nicht als Ausdruck von Widerstand. Die Jüngeren empfinden die Family Gentrification eher als Bedrohung. Gleichzeitig sind sie realistisch genug zu erkennen, dass sich familienbezogene Wünsche nur sehr schwer realisieren lassen.

Praxisbeispiele im moderierten Gespräch

In einem von Prof. Dr. Wurtzbacher moderierten Gespräch beschreiben **Helene Böhm**, GESOBAU AG Berlin, und **Christiane Grabe**, Diakonisches Werk Rheinland-Westfalen-Lippe e. V., ihre Erfahrungen zur Bedeutung von Wohnen aus der Sicht der Wohnungswirtschaft und der Freien Wohlfahrtspflege und was gut funktionierende Quartiere ausmacht. Die scheinbare Sicherheit durch Wohnen wird erkaufte durch teure, zum

Teil lebenslang laufende Kredite. Die Beschreibung der Digital Natives mit den entsprechenden Wohnformen trifft ebenso auf diejenigen zu, die am Rand der Gesellschaft leben und ausgegrenzt werden.

Die Frage ist, wie man diese beiden Gruppen – die in unterschiedlichen Lebenswelten leben – zusammenbringen kann, damit beide gut miteinander wohnen und leben können. Entscheidend ist, welchem Trend und welcher Vorstellung von künftigem Wohnen die Gesellschaft folgt. Soziales Kapital kann Netzwerkarbeit befördern. Es braucht aber Multiplikatoren (z. B. Stadtteilmütter). Das Kerngeschäft der Stadtteilkoordinatoren ist die Vermittlung zwischen Ehrenamtlichen und unterschiedlichen Milieus. Dazu braucht es sowohl Räume als auch den Austausch der Menschen untereinander im Quartier. Schließlich ist die Vereinsamung und die Einsamkeit ein großes Problem der mobilen Gesellschaft. In Berlin hat jedes kommunale Wohnungsunternehmen ein eigenes Sozialmanagement, das die Gemeinschaften in den Quartieren unterstützt. Ergänzt wird dies durch die aufsuchende Arbeit der Freien Träger. Quartiere brauchen Zeit, damit sich die Bewohnerinnen und Bewohner miteinander austauschen können. Daher sind neue Arbeits- und Zeitmodelle erforderlich, die es ermöglichen, gemeinsam im Quartier etwas zu gestalten. Fest steht, dass Quartiere nur mit einem bürgerlichen Anteil gut funktionieren können. Die Wohnungsunternehmen sollten eine bessere Wertschätzung erfahren, sie werden derzeit eher als Feindbild wahrgenommen. Es gilt den gemeinnützigen Wohnungsbau zu fördern. Allerdings darf dies nicht alleine den kommunalen Wohnungsunternehmen aufgebürdet werden. Wichtig ist es, das für das Quartiersmanagement zuständige Personal zu entfristen, weil sonst gute Quartiersentwicklung dauerhaft in Frage gestellt wird.

Die **Podiumsdiskussion** „Wohnen als soziale Frage – Sozialraum als Antwort?“ wird moderiert von Prof. Dr. Wurtzbacher. Diskutanten sind **Dr. Michael Frehse**, Leiter der Abteilung Heimat im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, **Christian Huttenloher**, Generalsekretär des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V., und **Norbert Tessmer**, Oberbürgermeister der Stadt Coburg.

Das Ungleichgewicht zwischen Großstädten und ländlichen Regionen, die unter Abwanderung leiden, nimmt zu. Das hat Folgen für die soziale Infrastruktur und die Lebensqualität in den betroffenen Gebieten. Eine kontinuierliche Sozialplanung ist ein Instrument, um negative Entwicklungen rechtzeitig zu erkennen, um gegensteuern zu können. Die räumliche Polarisierung besteht in der Ausdünnung von Versorgungseinrichtungen. Kleine Städte dürfen nicht als Anhängsel von Großstädten gesehen werden.

Die politische Forderung nach der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse hat weiterhin Bestand. Schließlich ist es unklar, welche Entwicklung tatsächlich stattfindet. Insofern sollte man nicht vorschnell auf Statistiken und Prognosen reagieren. Es gibt genug Beispiele von Regionen, die sich nach wirtschaftlicher Stagnation und Umstrukturierung im Aufschwung befinden. Dazu bedarf es integrierter Konzepte der Kommunen und Unterstützung von Bund und Ländern. Notwendig ist es, Ballungsgebiete zu entlasten, eine flächendeckende IT-Versorgung zu sichern, Behörden zu dezentralisieren und in der Fläche anzusiedeln. Gleichwertig bedeutet nicht, dass alles gleich ist, sondern dass relativ gleiche Zugänge zur Daseinsvorsorge vorhanden sind.

Widersprüchliches Wachstum ist gepaart mit verstärkter Ungleichheit. Die unteren Dezile sind von der Entwicklung abgehängt und das Armutsrisiko steigt. Steigende Mietkosten sind erhebliche Treiber für soziale Disparitäten in den Städten. Die Segregation trifft Familien mit Kindern stärker als Kinderlose. Dabei ist Segregation keine Frage von Wohnraum, sondern der gesellschaftlichen Verfasstheit. Bisher waren öffentliche Schulen der Normalfall. Inzwischen gibt es vermehrt private Kindergärten, private Schulen und private Hochschulen. Eine innere Verbundenheit mit der weiteren Umgebung wird so nicht gefördert. Gleiches gilt oftmals für die Zusammensetzung politischer Gremien. Dort sitzen Funktionsträger, die das Interesse der Organisationen und nicht der Bürgerinnen und Bürger vertreten, mit der Folge, dass die Gesellschaft immer mehr auseinander driftet. Mehr Bürgersinn ist auch bei Bauprojekten gefragt. Eine frühzeitige Einbeziehung und Berücksichtigung der Interessen der Bürger/innen erscheint sinnvoll.

In Berlin findet im Zeitraffer eine Entwicklung statt, die andere Großstädte über längere Zeiträume durchgemacht haben. Insofern ist die Situation auf dem Berliner Wohnungsmarkt nicht zu verallgemeinern. Preistreiber und verantwortlich für die Steigerung der Miet- und Baukosten sind die Grund- und Bodenpolitik. Bis 2008 haben diese Werte stagniert und die Stadtgesellschaft hatte sich darauf eingerichtet. Hinzu kommt, dass der Klimaschutz und die energetische Sanierung bis heute für Mieterinnen und Mieter sowie für Vermieterinnen und Vermieter nicht auskömmlich geregelt sind. Es war ein Fehler, die bestehende Mietpreis- und Kappungsgrenze nicht strikt anzuwenden und einzuhalten. Der geplante Mietendeckel sollte mit einem Programm für sozialen Wohnungsbau hinterlegt werden. Weitere Hebel zur Senkung der Bau- und Wohnkosten sind:

- Die Grund- und Bodenpolitik muss für eine Mischung aus kommunalem, genossenschaftlichem und frei finanziertem sozialen Wohnungsbau sorgen. Hier lohnt der Blick auf das Münchener Modell.

Auch eine sozial verträgliche Bodenpolitik durch den Bund, die bislang eher die Ausnahme ist, sollte verstärkt werden.

- Die Grundsteuer steht zwar im Koalitionsvertrag als Prüftatbestand, sollte aber grundsätzlich gesenkt werden. Dies liegt in der Verantwortung der Länder.
- Die DIN-Normen müssen zu Gunsten kostensenkender Maßnahmen überprüft werden.
- Verstetigung des Programms Soziale Stadt, damit nicht neue Probleme in alten Quartieren entstehen.

Verleihung des Cäcilia-Schwarz-Förderpreises

Johannes Fuchs führt in den Tagesordnungspunkt ein. Der Cäcilia-Schwarz-Förderpreis wird seit 2006 unter der Schirmherrschaft der Bundesfamilienministerin bereits zum 4. Mal verliehen und ist erneut mit 10.000 € dotiert. Initiiert worden ist der Preis durch das Vermächtnis von Cäcilia Schwarz mit dem Ziel, die Lebensverhältnisse älterer Menschen zu verbessern. Der Preis richtet sich an Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler, die mit ihrer Forschungsarbeit innovative Entwicklungen und neue Erkenntnisse zum Wohlergehen älterer Menschen aufzeigen. Ziel dieser Forschungsarbeiten ist es, die Selbständigkeit und Unabhängigkeit älterer Menschen zu fördern und möglichst lange zu erhalten. Dabei legt der Deutsche Verein besonderen Wert auf wissenschaftliche Beiträge und auf Impulse zur Anwendung im Alltag der älteren Menschen. Johannes Fuchs dankt dem Kuratorium für seine Arbeit und übergibt das Wort an Prof. Dr. Dr. Ursula Lehr, Mitglied im Kuratorium des Cäcilia-Schwarz-Förderpreises.

Prof. Dr. Dr. Ursula Lehr dankt allen Bewerber/innen und begründet die Entscheidung für die ausgezeichnete Arbeit. Der Preis wird in diesem Jahr an Herrn Dr. Carl-Philipp Jansen für seine Studie „Institutionelle Grenzen erweitern – der „Life-Space“ von Bewohnern in der stationären Altenpflege und dessen Modifikation mittels eines Trainingsprogramms zur Steigerung der körperlichen Aktivität“ verliehen. Die Rede von Prof. Dr. Dr. Ursula Lehr ist diesem Protokoll beigefügt und auf den Internetseiten des Deutschen Vereins eingestellt.

Schlusswort

Johannes Fuchs bedankt sich bei den Mitgliedern und Gästen der Mitgliederversammlung für die intensive Mitwirkung. Er dankt Herrn Löher, Frau Schmidt und dem Vorbereitungsteam sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Geschäftsstelle für die geleistete Arbeit. Zudem dankt er den Kolleginnen und Kollegen im

Präsidium für die gute Zusammenarbeit. Abschließend kündigt er an, dass die diesjährige Hauptausschusssitzung am 12. September in Berlin stattfindet und wünscht allen eine gute Heimreise.

Für die Richtigkeit:

Johannes Fuchs
(Präsident)

Uwe Hellwig
(Protokollant öffentlicher Teil)

Diana Pech
(Protokollantin interner Teil)

-Anlagen-